

HEIDELBERGER
JAHRBÜCHER
ONLINE
Band 6 (2021)

Gesellschaft der Freunde
Universität Heidelberg e.V.



Intelligenz: Theoretische Grundlagen und praktische Anwendungen

Rainer M. Holm-Hadulla, Joachim Funke & Michael Wink (Hrsg.)

HEIDELBERG
UNIVERSITY PUBLISHING

Politische Intelligenz und Weisheit

SEBASTIAN HARNISCH

Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg

Zusammenfassung

Politische Intelligenz kann als eine besondere Form mentaler Prozesse verstanden werden, die einen Akteur befähigt, zielgerichtet auf seine politische Umwelt einzuwirken und darin erkannte Probleme durch flexibles Denken und Handeln einer Lösung zuzuführen. In diesem Beitrag wird zunächst historisch vergleichend zwischen der sittlich-geprägten Weisheit bei Aristoteles und der Nutzen-geprägten Schlaueit bei Macchiavelli verortet. Sodann werden die Intelligenzvorstellungen unterschiedlicher Theorien über die internationale Politik und die Außenpolitik von Staaten anhand aktueller Beispiele diskutiert. Abschließend wird kritisch reflektiert, inwiefern in einer Zeit der „breiten Gegenwart“ (Humbrich) – in der Vergangenheit und Zukunft zunehmend zum Gegenstand heutiger Politikvorstellungen wird – politische Intelligenz neu gedacht werden sollte.

1 Einleitung

Intelligenz bezeichnet in der modernen Wissenschaft eine besondere Form mentaler Prozesse, die einen Akteur befähigt, zielgerichtet auf seine Umwelt einzuwirken und darin erkannte Probleme durch flexibles Denken und Handeln einer Lösung zuzuführen (Draguhn 2021). Diese Fähigkeit ist gleichzeitig eine der ältesten politischen Tugenden, die die politische Theorie im alten Griechenland (Aristoteles *Phronesis*) und Indien (Kautilyas *Arthaśāstra*) ebenso verbindet wie die christlich-geprägte Klugheit bei Thomas von Aquin und die auf das Überleben des Staates gerichtete Staatsräson von Niccolo Macchiavelli (vgl. Kersting 2005a). Sie beinhaltet sowohl eine Sittlichkeit im praktischen Weltverhältnis des politisch

Handelnden als auch eine praktische und zielgerichtete Weltzugewandtheit, die auf Erhalt/Stabilität im Sinne der Resilienz eines bestehenden Gemeinwesens oder Etablierung einer neuen Ordnung gerichtet ist.

Der Begriff „Intelligenz“ hat eine lange politische Geschichte und wird oft als unauflöslicher Gegensatz zwischen der (sittlich-geprägten) Weisheit bei Aristoteles und der (nutzen-geprägten) Schlaueit bei Macchiavelli interpretiert (vgl. etwa Sternberger 1997). In der westlichen Tradition tritt sie uns bei Aristoteles zunächst als persönliche Haltung entgegen, die das rechte Maß zwischen widerstreitenden kognitiven – Gerissenheit und Einfalt – sowie affektiven Dispositionen – Feigheit und Tollkühnheit – findet. So zielt die Tapferkeit als rechtes Maß der politischen und militärischen Klugheit mehr auf die Vermeidung der Feigheit als auf die Verhinderung der Tollkühnheit. Neben der Balance zwischen persönlichen Dispositionen ist die Klugheit auf die Lebensführung des Individuums in der Gemeinschaft gerichtet: so tritt die Tapferkeit neben die Gerechtigkeit und die Erfahrung, die den Einzelnen befähigen, ein sittliches und glückliches Leben in der Gemeinschaft zu führen und dabei Stetigkeit (nach innen) und Zuverlässigkeit (nach außen) zu erlangen (Kersting 2005b). Die *Phronesis* als praktische Klugheit in einer Situation, die alle Umstände berücksichtigt, ist bei Aristoteles primär auf die eigene Person gerichtet, sie geht damit über das reine Wissen (*episteme*) und Handeln/Herstellen (*poiēsis*) hinaus und kann als Selbstorientierungskompetenz auch auf die Haushalts- und Staatsführung gerichtet werden (Corcelius 2021; McCourt 2012).

In der östlichen Tradition findet sich die politische Klugheit prominent zuerst in Kautilyas Arthaśāstra, dem Grundlagenwerk der indischen Staatskunst aus dem 4. Jahrhundert v. Chr., das im 20. Jahrhundert nachweislich ebenso Max Webers Denken über Macht wie Hans Morgenthau's Denken über das Gleichgewicht der Mächte beeinflusste (Mitra/Liebig 2016). Politische Klugheit zeigt sich hier im richtigen Gebrauch von (physischem) Zwang und Wissen, u. a. geheimer Informationen, zum Erhalt der bestehenden (brahmanischen) Ordnung, aber ebenso im moralisch angemessenen Handeln (Gray 2014). So müsse beispielsweise ein erobernder Staat Milde und Toleranz gegenüber den Subjekten des Feindstaates walten lassen, um Gottes Willen nach Selbst- und Fremdentfaltung und moralischer Vervollkommnung zu erfüllen (Shahi 2019: 34).

Bei Thomas von Aquin zerfällt die mentale Selbstorientierungskompetenz analytisch in drei Handlungsphasen: die innere Beratschlagung (*consiliari*), die Auswahl

unter den möglichen Handlungsoptionen (*iudicare*) und die Ausführung der vernünftigsten Option (*praecipere*). Aber anders als bei Aristoteles und vergleichbar zur Kautilya zielt die Klugheit (*prudentia*) nicht primär auf das handelnde Individuum, sondern auf das *bonum commune*, die von Gott gegebene Ordnung (Horn 2005). Gleichwohl kennt die *prudentia politica* neben der Tugend des Monarchen, die sich in der *ars legislativa*, der *ars oeconomica* und *ars militaris* zum Wohl des Gemeinwesens zeigt, auch den einfachen Bürger als Träger politischer Klugheit, die sich in der Loyalität, dem Gemeinsinn und der Einsatzbereitschaft für das Gemeinwesen zeigt (Horn 2005: 64).

Eine vergleichende Begriffsgeschichte legt auch die Verzerrungen über die politische Klugheit bei Niccolò Machiavelli frei. Vielfach ist die Auffassung vertreten worden, Machiavelli ziele mit der Schrift „Il principe“ darauf, dem Herrscher eine auf Machterhalt und Zwang und Täuschung beruhende Klugheit ohne Moral zu empfehlen, die den Erhalt des Staates allein zum höchsten Gut politischer Klugheit werden lasse (Staatsräson). Wie Otfried Höffe indes überzeugend herausgearbeitet hat (Höffe 2005), geht es Machiavelli darum, den republikanischen Staat, der dem Wohl der Bürger verpflichtet ist, zu verteidigen. Da der Fürst mit der Verschlagenheit des Gegners rechnen müsse, dürfe er das Gemeinwesen nicht preisgeben, indem er dessen Zusicherungen Glauben schenke, sondern müsse dessen Verschlagenheit zur Grundlage des eigenen Handelns machen (Höffe 2005: 310).

Als analytischer Begriff kann politische Intelligenz daher als relationales Konzept verstanden werden, welches mentale und affektive Prozesse zur Selbstorientierung über Zeit (temporale Relationalität) mit Selbstorientierungsprozessen gegenüber Anderen (soziale Relationalität), insbesondere in sozialen Gruppen und politischen Gemeinwesen verbindet. Temporal bilden Stetigkeit nach innen, i.e. ontologische Sicherheit (Giddens 1991), und Verlässlichkeit nach außen, i.e. Reputation (Mercer 2010), wichtige individuelle und soziale Ressourcen für die Selbst-Bestimmtheit bei der Wahl politisch relevanter Ziele und Strategien, die von anderen Akteuren als authentisch zugeschrieben werden können. Ohne Empathie, jener Form der sozialen Relationalität, die durch die Identifikation mit dem Anderen dessen Interessen und Wünsche zu antizipieren versucht, können indes die Konsequenzen des eigenen Handelns nicht bemessen werden (Pedwell 2014). Fehlt es an dieser Selbst-Fremd-Orientierungskompetenz, so kann die Intention der eigenen Handlung durch die Handlung des Anderen, oder deren Ausbleiben, in

ihrer Wirkung verändert oder gar verkehrt werden. (Politische) Weisheit entsteht indes, wenn nicht nur die Empathie mit dem Selbst über Zeit stark ausgeprägt ist (Lebensweisheit), sondern auch die Fähigkeit zur Empathie mit Anderen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dazu führt, dass sich Dritte mit dieser Klugheit über Zeit, Raum und Affekt identifizieren können (transversale Weisheit). Soziale und emotionale Intelligenz sind auch deshalb wichtige Bestandteile jedweder politischen Intelligenz, weil sie neben den kognitiven und emotionalen auch die körperlichen und spirituellen Bedürfnisse von Individuen in Gemeinwesen anzusprechen oder einzusetzen vermögen (vgl. Funke 2021).

Drei Folgerungen für die politische Intelligenz sind wichtig: Erstens, Intelligenz tritt immer dann auf, wenn Akteurschaft – die Fähigkeit, Handlungsziele zu bestimmen und aus einer Reihe von alternativen Optionen jene auszuwählen, die nach Abwägung der Konsequenzen am besten geeignet erscheint – auf eine konkrete Problemsituation trifft. Akteure können über entsprechende kognitive, emotionale oder soziale Ressourcen verfügen, ohne dass diese je zur Anwendung gelangen und Gemeinschaften können politische Problemstellungen lösen, auch ohne dass politische Intelligenz anwesend sein muss. Politische Intelligenz ist deshalb eine besondere Relation zwischen individueller oder kollektiver Akteurschaft und gesellschaftlicher Problemstellung. Zweitens, politische Gemeinschaften – oder zumindest deren erkennbare Vorformen – können existieren, selbst wenn sie über keine eigenständigen Mechanismen oder Akteurschaft verfügen, welche Lösungen versprechen. Sind beispielsweise Mitglieder einer ethnischen, soziokulturell oder politisch geprägten Gruppe über unterschiedliche Staaten verstreut, so kann es politischer Intelligenz bedürfen, diese (auf friedlichem Wege) zu einen. Schließlich, politische Intelligenz kann zur Ausbeutung oder Manipulation von Gemeinschaft eingesetzt werden, auch wenn diese Art von asymmetrischer Lösungskompetenzbeziehung keineswegs eine natürliche Folge politischer Intelligenz ist. Die wechselseitige und asymmetrische Bedingung von besonderer Akteursfähigkeit und gemeinschaftlicher Problemstellung erklärt aber, warum politische Intelligenz oft pejorativ gebraucht wird, im Sinne der Verschlagenheit, Untreue oder Herrschsucht von politischen EntscheidungsträgerInnen.

Intelligenz kann daher in sehr unterschiedliche relationale Formen politischer Ordnung münden: Alleinherrschaft, die durch Gewalt und Zwang, die geschickte wirtschaftliche oder politische Kooptation von Minder- und Mehrheiten oder die freiwillige Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen legitimiert oder stabilisiert

wird. Charismatische Herrschaft, politisch oder religiös motiviert, basiert dabei häufig auf der fortdauernden Zuschreibung besonderer individueller Fähigkeiten und Kräfte, die eherner – d. h. im jeweiligen kulturellen Kontext überzeitlicher – Natur sind. Es verlangt besondere Formen politischer Intelligenz, um charismatische Herrschaft von Einzelnen oder Gruppen auf Dauer zu stellen oder durch andere Herrschaftsformen zu ergänzen oder zu ersetzen.

Die Herrschaft der Vielen indes erlaubt häufig nur solche Formen politischer Intelligenz, die zwischen den zur Herrschaft Befähigten und den der Herrschaft Unterworfenen eine gleichförmige Verteilung politischer Intelligenz im Sinne der Mäßigung, Gemeinschafts- und/oder Zukunftsorientierung vorsieht. Populistische Herrschaft, die häufig mit der Vorstellung einhergeht, ein einheitlicher und unbescholtener Volkskörper müsse gegen etablierte Eliten geschützt werden, destabilisiert regelmäßig das demokratische Kompetenzgefüge. Zunächst wird der Bevölkerung mangelnde Selbstbestimmungskompetenz unterstellt, um daraus einen Bedarf für charismatische Führung abzuleiten, sodass schließlich zunächst zeitweise und dann dauerhaft die bestehenden institutionellen Schranken für autokratische Herrschaft missachtet und abgeschafft werden.

Die Finanzialisierung der Marktwirtschaft (und der Neokolonialismus) produzieren neue Formen politischer Herrschaft, indem durch die besondere Funktionsweise von Märkten wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen werden, welche die Herrschaftsunterworfenen auf Dauer ökonomisch binden (Merkel 2019). In dieser Form geht die politische Intelligenz in eine distinkte ökonomische Logik über, indem die herrschenden Gruppen die Bedürfnisse der Beherrschten antizipieren, z. B. Konsumgüter, und dadurch Abhängigkeitsverhältnisse perpetuieren und vice versa. Für einige ist dies ein gezielter und manipulativer Einsatz politischer Intelligenz zu Lasten vieler; für andere ist dies die unintendierte Konsequenz des Koagierens von Herrschenden und Beherrschten; politische Intelligenz bleibt, insbesondere in dieser speziellen Form, ein umstrittenes Konzept (Gallie 1956).

2 Theorien der Internationalen Beziehungen und politische Intelligenz

Die zentralen Theorien zur Erklärung der internationalen Beziehungen können beispielhaft für die Darstellung der unterschiedlichen Formen politischer Intelligenz herangezogen werden. Politische Intelligenz kann dabei als eine besondere

Relationskonstellation zwischen individueller oder kollektiver Akteurschaft und gesellschaftlicher Problemstellung verstanden werden, deren Konstruktion und Aufrechterhaltung regelmäßig aus Praktiken resultiert, die auf zwei Eigenschaften gerichtet sind: zum einen, die Menge und Qualität an Entscheidungskompetenz zwischen alternativen Handlungsoptionen zielführend auswählen zu können; zum anderen, die Art und Form politischer Problemkonstellationen erkennbar werden zu lassen, die einer Lösung bedürfen. Dabei können die Logik, die Mechanismen und die Implikationen dieser Eigenschaften, also wie genau die Entscheidungskompetenz erlangt wird und auf welche Problemstellungen sie sich richtet, erheblich variieren.

Positivistische Theorien der internationalen Beziehungen, Realismus und Rationalismus, gehen davon aus, dass Problemkonstellationen objektiv und unmissverständlich erkannt werden können, während kognitivistische und sozialkonstruktivistische Ansätze die Intersubjektivität und Ambiguität der Problemwahrnehmung betonen. Wenn Daten über die Problemkonstellationen aber für sich selbst sprechen, wie realistische und rationalistische TheoretikerInnen dies annehmen, dann ist deren zielgerichtete Verarbeitung für die Akteure relativ einfach: Nicht wie die Daten zu interpretieren sind, steht dann im Vordergrund intelligenter Lösungen, sondern welche Daten verfügbar sind und welche Ziel-Mittel-Konstellationen aus ihnen abgeleitet werden können.

Realistische Theorien fokussieren sich auf die Unsicherheit, die aus der anarchischen Umwelt der Staaten (oder auch zwischen rivalisierenden innerstaatlichen Akteuren) resultiert und welche Möglichkeiten zur Ausbeutung durch einen anderen Akteur/Staat sich daraus ergeben (Waltz 1979: 105; Mearsheimer 1994: 10). Angst, die psychische Disposition, eine negative Handlungsfolge und deren Kosten für wahrscheinlicher zu halten, ist daher der prägende Affekt der Akteure im Realismus. Diese Angst sorgt dafür, dass Informationen über aggressives Verhalten stark und über gutartiges Verhalten kaum wahrgenommen werden (Walt 1987). Und selbst wenn Staaten vertrauenswürdige Signale – in der Sprache der Theorie „kostenträchtige Signale“ aussenden –, so kann diesen Signalen kein Vertrauen geschenkt werden (Copeland 2000: 22).

Ganz gleich, wie viele Informationen von welcher Qualität vorliegen, weil Staaten niemals die zukünftigen Intentionen der anderen Staaten (er)kennen können, muss ihr Hauptaugenmerk auf den Fähigkeiten – den physischen Machtressourcen – liegen, die andere Staaten zur Verfügung haben werden, um diese (potentiell

malignen) Intentionen umzusetzen (Glaser 1994: 56; Grieco 1988: 500). Erfahrungswissen, i.e. die Verknüpfung zwischen eigenen und fremden Intentionen in Situationen mit unterschiedlicher Ressourcenverteilung, tritt in dieser Perspektive zurück, während die Anerkennung „objektiver Gesetzmäßigkeiten“ der Macht in den Vordergrund rückt. Nicht die Entschlossenheit eines Akteurs, sondern dessen (militärische) Fähigkeiten, bedingt durch geografische (u. a. Nähe, Topografie) und technologische Faktoren (Überlegenheit von defensiven und offensiven Waffensystemen) bestimmen die Art und das Ausmaß des zielgerichteten Verhaltens, Abschreckung oder Angriff (Taliaferro 2000/2001).

Politische Klugheit, „political prudence“, entsteht, so Hans Morgenthau, aus der ethischen Verantwortung des Staatsmannes gegenüber dem eigenen Staat und seinen Bürgern im Angesicht existentieller Unsicherheit. Sind die Konsequenzen des eigenen Handelns ungewiss, die potentiellen Kosten aber hoch, ist die Gefahr einer „tragischen Fehleinschätzung“ der eigenen Fähigkeiten gegeben (Molloy 2009: 95; Barkin 2010: 116).

„There can be no political morality without prudence; that is, without consideration of the political consequences of seemingly moral action. Realism, then, considers prudence—the weighing of the consequences of alternative political associations—to be the supreme virtue in politics. Ethics in the abstract judges action by its conformity with the moral law; political ethics judges action by its political consequences.“ (Morgenthau 1978: 10-11).

Entgegen dieser ethisch motivierten Position vertritt T. V. Paul in seiner Monografie über das Streben von Staaten nach Nuklearwaffen eine struktur-basierte Perspektive eines „prudential realism“. Danach wären Staaten unter bestimmten machtpolitischen Bedingungen in der Lage, darauf zu verzichten, militärische Fähigkeiten anzuhäufen, weil diese von anderen Staaten als bedrohlich angesehen werden könnten (Paul 2000: 5): Staaten in Zonen niedriger bis moderater Bedrohung wären demnach bereit, auf das Streben nach Nuklearwaffen zu verzichten, weil sich ihr Kostenkalkül an probabilistischen und nicht an Worst-Case-Szenarien orientieren müsste. Lediglich in Zonen mit einem intensiven Sicherheitsdilemma ist das Streben nach Nuklearwaffen durch kleinere oder Mittelmächte wahrscheinlich - und deren spätere Aufgabe - unwahrscheinlich (Paul 2000: 24).

Politische Klugheit wird im klassischen Realismus also von dem begrenzten Umfang von Entscheidungskompetenz und der Art der problematischen Hand-

lungskonstellation beherrscht. Intelligente Akteurschaft beschränkt sich daher auf das kluge, d. h. zurückhaltende, Management der eigenen Affekte, die durch Angst vor den unabsehbaren Absichten anderer Akteure und den unabsehbaren Folgen des eigenen Handelns geprägt sind. Ergibt sich indes die Möglichkeit das eigene Machtpotential entscheidend auszubauen, durch Täuschung über die eigenen Fähigkeiten und/oder frühzeitiges Handeln angesichts wechselnder Machtrelationen, dann ist eine Vorteilsnahme zu Lasten des Anderen (relatives Gewinnstreben) am wahrscheinlichsten (Powell 1991).

Rationalistische TheoretikerInnen betrachten die Unsicherheiten der internationalen Politik grundsätzlich nicht weniger skeptisch als VertreterInnen der realistischen Tradition. Sie bewerten allerdings die Chancen deutlich größer, durch Informationen die Intentionen anderer Akteure und damit auch die Konsequenzen des eigenen Handelns besser einschätzen zu können. Realität spricht gleichsam für sich, aber nicht alle Daten sind bekannt. Agnostische Ignoranz, nicht Angst oder Furcht, prägt daher die Handlungsdisposition der Akteure im Rationalismus (Rathbun 2007: 542). Staaten, d. h. die sie repräsentierenden Entscheidungsträger verwenden daher geraume Zeit damit, jegliche Informationen über das Verhalten anderer Akteure zu sammeln und wiederholt zu bewerten. Indem Staaten ihre Fähigkeiten und Instrumente ständig der sich verändernden (verbesserten) Informationslage über die Intentionen und Fähigkeiten anderer Akteure anpassen – das sog. Bayesianisches Updating –, sind sie in der Lage, aus Erfahrungen zu lernen und so ihre Ziele effektiver und effizienter durchzusetzen (Morrow 1994: 163).

Die (a-)symmetrische Verteilung von Information, insbesondere Angaben über die Präferenzintensität eines Akteurs, werden dadurch zum primären Movens der internationalen Politik und die geschickte Offenlegung oder Verschleierung von Informationen zum Instrument intelligenter Politik. Um ihre Intentionen offenzulegen, können Staaten in Auseinandersetzungen und Verhandlungen sog. „kostenträchtige Signale“ senden, die ihre Bereitschaft offenlegen, nur bestimmte Ergebnisse zu akzeptieren (Fearon 1997).

Intelligente Politik zeichnet sich in rationalistischen Ansätzen daher primär dadurch aus, durch Bindungen in innerstaatliche und/oder internationale Institutionen die Kostenträchtigkeit von Entscheidungen zu verändern. So wurde durch

den Zusammenschluss der europäischen Kohle- und Stahlindustrien in der EGKS¹ (auch) die Bereitschaft signalisiert, eine autonome Aufrüstungspolitik aufzugeben. Durch die Etablierung von unabhängigen Zentralbanken signalisieren Regierungen regelmäßig, die Bereitschaft u. a. gegenüber Finanzmarktakteuren niedrige Inflationsraten auf Dauer stellen zu wollen (Goodman 1992). Indem Staaten durch vorausschauende Institutionenbildung in die Lage versetzt werden, ihre Handlungsintentionen effektiv(er) zu kommunizieren, wird Kooperation daher in all jenen Situationen möglich, die zuvor von RealistInnen durch die Annahme von ausbeuterischem Verhalten negiert wurden (Kydd 2005).

Die Geschicklichkeit bei der Informationsoffenbarung über die eigenen Intentionen kann daher schwächere Staaten befähigen, sich gegen stärkere Staaten in Konflikten oder Verhandlungen durchzusetzen, wenn sie glaubhaft machen können, dass sie einem bestimmten Politikziel extrem verpflichtet sind, bspw. keine Beugung gegenüber Sanktionsdrohungen zu erwarten ist (Buono de Mesquita et al. 1997). Unterliegt die Ratifikation völkerrechtlicher Verträge, wie in den USA, oder europarechtlicher Verträge, wie in der Bundesrepublik, dem innerstaatlichen Ratifikationserfordernis einer (verfassungsändernden) Zweidrittelmehrheit, so können die jeweiligen Vertragspartner gewiss(er) sein, dass auch bei wechselnden Mehrheiten die jeweilige Regierung die vertraglichen Bindungen der Vorgängerregierung weiterhin einhalten werden.

Während innerstaatliche Institutionen (Transparenz, Rechtstaatlichkeit, Ratifikationserfordernisse etc.) die Selbstbindungsbereitschaft und damit eine längerfristige Affektkontrolle signalisieren, erlauben internationale Institutionen sowohl das Teilen verlässlicher Informationen über Normbefolgung, die Verknüpfung von gegenseitigen Verpflichtungen über Politikfelder und längere Zeiträume hinweg als auch die (unabhängige) Sanktion von Fehlverhalten (Abbott/Snidal 1998). Intelligente politische Lösungen entstehen im Rationalismus also dann, wenn Akteure durch Institutionen den Umfang und die Art von Informationen so gestalten, dass Erwartungshorizonte für kooperatives Verhalten entstehen können. Versucht eine Regierung also die negativen Folgen einer unpopulären Politik vor der eigenen Bevölkerung zu verschweigen, wie im Fall der Pentagon Papers, dann können Regeln über die Straffreiheit für sog. „Whistleblower“ dafür sorgen, dass

¹ Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Vorläuferorganisation der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union)

diese Informationen für die WählerInnen verfügbar werden (Becker 2021). Folgt man dem liberalen Strang des Rationalismus, so entsteht „kluge Macht“ durch die wachsende Beteiligung von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen an einer „internationalisierenden Politik“, welche die Bedürfnisse der interagierenden Gesellschaften mitberücksichtigt (Czempel 1999).

Im Vergleich zu Realisten, und Rationalisten, die ihre Intelligenzkonzepte an die Struktur der Problemstellung knüpfen (Macht- oder Informationsasymmetrien), gründen Kognitivisten, und sozialkonstruktivistische TheoretikerInnen ihre Intelligenzmodelle auf die Ambiguität der Informationen für die handelnden EntscheidungsträgerInnen. Im Vergleich zu Rationalisten beklagen Protagonistinnen kognitiver Ansätze weniger die Verteilung oder Beschaffenheit von Informationen über die Welt – letztere wird als objektiv gegeben angesehen. Das Problem ist vielmehr die Komplexität der Informationen über die Welt, die auf begrenzte kognitive Ressourcen treffen und daher immer nur eine beschränkte Wahrnehmung/Perzeption der Realität zulassen (Goldgeier/Tetlock 2001). Die Fähigkeit zwischen alternativen Optionen zielgerichtet die „beste Lösung“ auszuwählen, wird gleich mehrfach erschwert, denn zum einen unterscheiden sich EntscheidungsträgerInnen oftmals in der Perzeption einer Problemstellung und kollektive Entscheidungen können insbesondere in Krisensituation durch individuellen Stress und soziale Gruppenzwänge beeinflusst werden (Levy 2013). Zum anderen sind die Folgen des eigenen Handelns aufgrund der Aufgabenexpansion von Staaten und der Handlungsinterdependenz zwischen unterschiedlichen Politikfeldern stark angewachsen, sodass die Zielabwägung zwischen rivalisierenden Gütern und Werten der eigenen Person oder Gruppe zunehmend erschwert wird (Haas 1980).

Um die kognitive und emotionale Konfusion zu vermindern, nutzen EntscheidungsträgerInnen daher eine Reihe von Bewältigungsstrategien, kognitiven Heuristiken und emotionalen Schutzmechanismen (Jervis 1976). Historische Analogien, Metaphern oder außenpolitische Denkbilder können grundsätzlich helfen, Entscheidungen zu treffen (Petersen 2015). Oftmals unterliegen diese Bewältigungsheuristiken jedoch gravierenden Beschränkungen und Verzerrungen: der Neigung, Verluste stärker zu gewichten als Gewinne (Neue Erwartungstheorie), das Verhalten anderer Akteure stärker deren Absichten als den Umständen zuzuschreiben (Attributionsfehler) oder die eigene Heuristik undifferenziert auf alle Problemkonstellationen anzuwenden und abweichende (negative) Informationen zu unterdrücken (Rapport 2018).

Um den kognitiven Beschränkungen von Individuen und Entscheidungsgruppen zu entgehen, propagieren kognitive TheoretikerInnen daher Lösungen, die darauf zielen, Wissen – i.e. Informationen über Ursache-Wirkungszusammenhänge in bestimmten Situationen – systematisch zu fördern und gezielt in den Politikprozess einzuführen: zum einen fordern sie den Austausch zwischen FachwissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen zu intensivieren, um durch den systematischen Vergleich unterschiedlicher Handlungsweisen in ähnlichen Problemkonstellationen die Neigung von Entscheidern, an bestehenden Heuristiken trotz negativer Erfahrungen festzuhalten, zu mindern (Maliniak et al. 2020); zum anderen sollen (emotionale) Effekte des Gruppenzwangs durch die Anwendung von *Advocatus-Diaboli*-Techniken gemindert werden, sodass individuelle und kollektive Bedürfnisse nach sozialer Bestätigung nicht in kognitive Befangenheiten umschlagen (George/Stern 2002).

Politische Intelligenz entsteht im kognitivistischen Paradigma also dann, wenn Individuen und Kollektive selbstreflektiert die Beschränkungen ihrer kognitiven Fähigkeiten erkennen und diese durch kreative Lösungen, bspw. die bewusste Förderung abweichender Perspektiven, aufzuheben versuchen. Fachwissen, z. B. vermittelt durch internationale Organisationen oder epistemische Gemeinschaften (Haas 1990), ist aus dieser Perspektive „intelligente Macht“, denn es erlaubt, die Voreingenommenheit bestehender Heuristiken und kollektiver Überzeugungen zu hinterfragen.

Im Zentrum sozialkonstruktivistischer Perspektiven auf politische Intelligenz steht die Intersubjektivität von Wissen über die Welt (Harnisch 2017). Während die meisten TheoretikerInnen davon ausgehen, dass eine materielle Umwelt existiert, kann deren Bedeutung nur durch intersubjektive Prozesse der sprachlichen oder praktischen Bedeutungszuweisung erfahren werden. Die Ungewissheit über die Intentionen und Fähigkeiten eines anderen Akteurs ist daher solange eine Unbestimmtheit, bis sie durch Sprache und Handlungen in einen feindlichen, rivalisierenden oder freundschaftlichen Beziehungskontext eingeordnet wurde (Wendt 1999).

Das sozialkonstruktivistische Verständnis von Ungewissheit als Unbestimmtheit subsummiert somit de facto das realistische Verständnis von Ungewissheit als Furcht und das rationalistische als Ignoranz (Rathbun 2007: 550). Weil menschliche Individuen und Kollektive über die Fähigkeit zur Selbstreflektion verfügen, haben sie aus dieser Perspektive grundsätzlich auch die Fähigkeit, ihre Umwelt

„neu zu verstehen“. Diese „transformative Ontologie“ des Sozialkonstruktivismus (Dessler 1989) verändert in mehrfacher Hinsicht die Konzeption politischer Intelligenz, weil diese, je nach kulturellem und zeitlichem Kontext, von Akteuren erst „gemacht“ wird. Um ein vielzitiertes Aperçu Alexander Wendts (1992) zu paraphrasieren: „Politische Intelligenz ist das, was Akteure daraus machen“.

Die Verteilung von Information im Rationalismus sowie die Verteilung von Wissen im Kognitivismus wird im sozialen Konstruktivismus zur mit Affekten besetzten Gewissheit über das „Selbst“, i.e. ontologische Sicherheit (Mitzen 2006), und die Welt. Die Ko-Emergenz von affektbesetzten Akteursidentitäten – relativ stabilen Selbstzuschreibung über Zeit – und Normen – Standards angemessenen Verhaltens in einer Gruppe – steht daher im Zentrum des Wandels von Bedeutungszuschreibungen in der internationalen Politik. Dieser Wandel kann durch Sozialisationsprozesse – der (freiwilligen) Aneignungen von bestehenden Gruppennormen durch ein Neumitglied – oder Überzeugungsprozesse – die intersubjektive Verknüpfung von neuem Wissen mit bestehenden Normen und Werten – durch Individuen, sog. NormunternehmerInnen (Finnemore/Sikkink 1998) oder kollektive Akteure, bspw. Internationale Organisationen, erfolgen (Finnemore/Barnett 2004). Lernen ist in dieser Perspektive daher die intersubjektive Rekonstruktion der Wirklichkeit – inklusive der Identitäten und Rollen von Akteuren der Akteure – und nicht nur das bessere Verständnis der (objektiven) „kausalen Kräfte“, die in ihr herrschen (Harnisch 2012).

Indem Prozesse des sozialen Bedeutungswandels mit affektbesetzten Identitätsveränderungen verknüpft werden, wird soziale und emotionale Intelligenz zum Gegenstand der sozialkonstruktivistischen Intelligenzkonzeption. Denn Staaten können Normen lediglich oberflächlich annehmen, um entsprechende Anerkennung als legitime Mitglieder einer Staatengemeinschaft zu erfahren (konstitutive Wirkung der Norm), ohne die aus der Norm erwachsenden Pflichten zu akzeptieren (regulative Wirkung der Norm). Regelmäßig versuchen Staaten daher normverletzende Staaten öffentlich (oder privat) zu beschämen (naming and shaming), in der Vermutung, dass der Entzug sozialer Anerkennung und Infragestellung der Glaubwürdigkeit eines Akteurs (Reputationsverlust) die Normbefolgung fördern könne. Untergräbt die Beschämung indes die innerstaatliche Legitimität einer Regierung oder die Identität einzelner EntscheidungsträgerInnen, kann die Beschämung in eine trotzig Abwehrhaltung gegenüber der Beschämung und/oder gar in den Austritt aus der Normgemeinschaft münden (Snyder 2020). Intelligente

Politik könnte vor diesem Hintergrund darin bestehen, danach zu fragen, ob die öffentliche Beschämung primär der Selbstvergewisserung und Legitimation des Beschämenden dienen soll, ganz gleich, welche Konsequenzen dies im Verhalten des Beschämten zeitigt; oder ob und wie die Beschämung, wie bspw. im Falle der Menschenrechtsverletzungen gegen die uigurische Minderheit durch die chinesische Regierung, formuliert sein muss, damit der beschämte Akteur sein Verhalten verändern kann, ohne seine Identität und Legitimität zu verlieren (Gallagher 2021).

Intelligente Politik entsteht demnach, wenn politische Akteure in einer Problemkonstellation Unbestimmtheit durch reflektierte Prozesse der Selbstvergewisserung - wer bin ich in dieser Situation und was macht diese Situation aus – und Bedeutungszuweisung zu einer „angemessenen Lösung“ gelangen: Diese Lösung kann auf die Aufrechterhaltung der bestehenden Normen und Identitäten – status quo – oder deren Revision abzielen.

3 Ende der politischen Intelligenz?

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die Durchsetzung demokratischer und (neoliberaler) marktwirtschaftlicher Normen am Ende des 20. Jahrhunderts waren die beiden bedeutsamsten Entwicklungen in der internationalen Politik. Zu Beginn des 21. Jahrhundert haben sich Menschenrechte und marktwirtschaftliche Prinzipien ausgehend von der westlichen Staatengemeinschaft stark verbreitet. Die Formation alternativer Staatenbündnisse, der offene Bruch von Souveränitäts- und Menschenrechten durch Russland und China, das Scheitern US-geführter liberaler Interventionen in Afghanistan, Irak und Libyen, die Rücknahme demokratischer Regeln und Normen in vielen Demokratien sowie das Aufkommen populistischer Parteien und Regierungen in vielen Demokratien verdeutlicht, dass liberale Vernunftkonzeptionen, die auf der Würde eines jeden Menschen, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit beruhen, herausgefordert sind.

Diese Beschleunigung der politischen Zeitläufte geht einher mit einem raschen, von Technologie angetriebenen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel, der in einer „breiten Gegenwart“ mündet (Gumbrecht 2010), die gleichzeitig immer mehr Vergangenheit inkorporiert und die Regelung der Zukunft, bspw. des anthropogenen Klimawandels, verspricht. Politische Intelligenz muss daher, zumindest in pluralistischen Gesellschaften, dieser neuen Komplexität gerecht werden, indem sie gleichzeitig multidimensionaler und ausgewogener wird: Im Angesicht einer

Pandemie globalen Ausmaßes sind Freiheits-, Eigentums- und Patentrechte möglicherweise zeitweise anders mit grundlegenden Menschenrechten auf körperliche Unversehrtheit in Einklang zu bringen, als dies unter „anderen Umständen“ der Fall wäre. Unter den Bedingungen eines sich möglicherweise beschleunigenden anthropogenen Klimawandels müssen Verfassungsgerichte möglicherweise beherzter die richterliche Selbstbeschränkung auslegen, wenn die gewählten VertreterInnen primär den gegenwärtigen Demos repräsentieren, aber die Interessen des zukünftigen Demos und damit den Fortbestand des Gemeinwesens nicht hinreichend berücksichtigen. Unter den Bedingungen wachsender individueller und kollektiver Entfaltungsansprüche in der Gegenwart kann deren systematische Missachtung in der Vergangenheit, die über Sprache und Institutionen oftmals bis heute nachwirkt, nicht unausgesprochen bleiben, weil diese „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ das Spektrum intelligenter Lösungen für die Gegenwart und Zukunft einschränkt. Intelligentes Vergessen kann deshalb immer nur ein beiderseitiges und freiwilliges sein und keines, das auf einem Oktroy beruht (Meier 2010). Während alte und neue Formen politischer Intelligenz zunehmend hinterfragt werden, müssen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft daher nach alternativen Formen reflektierter Selbstorientierung suchen, um jeweils „angemessene Lösungen“ zu finden.

Literatur

- Abbott, Kenneth W., and Duncan Snidal (1998). Why States Act Through Formal International Organizations. *Journal of Conflict Resolution* 42(1): 3–32.
- Barkin, J. Samuel (2010). *Realist Constructivism: Rethinking International Relations Theory*, Cambridge: Cambridge UP.
- Becker, Elizabeth (2021). The Secrets and Lies of the Vietnam War, Exposed in One Epic Document, in: *New York Times*, June 9, 2021, <https://www.nytimes.com/2021/06/09/us/pentagon-papers-vietnam-war.html?smid=url-share>
- Corcilus K. (2021). Phronesis / Praktische Weisheit. In: Rapp C., Corcilus K. (Hrsg.) *Aristoteles-Handbuch*. Stuttgart: J.B. Metzler, 351–359. https://doi.org/10.1007/978-3-476-05742-6_54
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Zorrick, Ethan (1997). Capabilities, Perception and Escalation. *American Political Science Review* 91(1):15–27.
- Copeland, Dale (2000). *The Origins of Major War*. Ithaca: Cornell University Press.
- Czempiel, Ernst-Otto (1999). *Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*, München.

- Dessler, David (1989). What's at Stake in the Agent-Structure Debate? *International Organization* 43(3):441–473.
- Draguhn, Andreas (2021). Intelligente Gehirne – Die Physiologie der Intelligenz In: R. M. Holm-Hadulla, J. Funke, M. Wink (Hg.). *Intelligenz*. Heidelberg University Press, Heidelberg (in diesem Band).
- Fearon, James D. (1997). Signaling Foreign Policy Interests: Tying Hands Versus Sinking Costs. *The Journal of Conflict Resolution* 41(1):68–90.
- Finnemore, Martha/ Barnett, Michael (2004). *Rules for the World: International Organizations in Global Politics*. Ithaca and London: Cornell University Press.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn (1998). International Norm Dynamics and Political Change. *International Organization* 52(4): 887–917.
- Funke, Joachim (2021). Die Psychologie der Intelligenz, In: R. M. Holm-Hadulla, J. Funke, M. Wink (Hg.). *Intelligenz*. Heidelberg University Press, Heidelberg (in diesem Band).
- Gallagher, Adrian (2021). To Name and Shame or Not, and If So, How? A Pragmatic Analysis of Naming and Shaming the Chinese Government over Mass Atrocity Crimes against the Uyghurs and Other Muslim Minorities in Xinjiang, *Journal of Global Security Studies*, 2021;, ogab013, <https://doi.org/10.1093/jogss/ogab013>
- Gallie, W. B. (1956). Essentially contested concepts, *Proceedings of the Aristotelian Society* 56, 167–198.
- George, Alexander L./Stern, Eric K. (2002). Harnessing Conflict in Foreign Policy Making: From Devil's to Multiple Advocacy. *Presidential Studies Quarterly*, 32: 484–505.
- Giddens, Anthony (1991). *Modernity and Self-identity: Self and Society in the Late Modern Age*. California: Stanford University Press.
- Glaser, Charles L. (1994). Realists as Optimists: Cooperation as Self-Help. *International Security* 19(3):50–90.
- Goodman, John B. (1992). *Monetary Sovereignty: The Politics of Central Banking in Western Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Gray, Stuart (2014). Reexamining Kautilya and Machiavelli: Flexibility and the Problem of Legitimacy in Brahmanical and Secular Realism, in: *Political Theory* 42:6, 635–657.
- Goldgeier, James M., and Philip E. Tetlock (2001). Psychology and International Relations Theory. *Annual Review of Political Science* 4:67–92.
- Grieco, Joseph M. (1988). Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism. *International Organization* 42(3):485–507.
- Gumbrecht, Hans Ulrich (2010). *Unsere breite Gegenwart*, Berlin: Suhrkamp.

- Haas, Ernst B. (1980). Why Collaborate?: Issue-Linkage and International Regimes. *World Politics* 32(3):357–405.
- Haas, Ernst B. (1990). *When Knowledge Is Power: Three Models of Change in International Organizations*. Berkeley: University of California Press.
- Harnisch, Sebastian (2017). Sozialkonstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Masala, Carlo/ Sauer, Frank (Hg.): *Handbuch Internationale Beziehungen*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 215–232.
- Harnisch, Sebastian (2012). Conceptualizing in the Minefield: Role Theory and Foreign Policy Learning in: *Foreign Policy Analysis* 8:1, 47–71.
- Höffe, Otfried (2005) Klugheit im politischen Projekt der Moderne, in: Kersting, Wolfgang (Hg.) *Klugheit*: Weilerswist: Wiss. Buchgesellschaft, 301–317
- Horn, Christoph (2005): Klugheit bei Thomas von Aquin, in: Wolfgang Kersting (Hg.), *Klugheit*, Weilerswist: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 42–67.
- Jervis, Robert. (1976) *Perception and Misperception in International Politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Kersting, Wolfgang (Hg.) (2005a). *Klugheit*, Weilerswist: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Kersting, Wolfgang (2005b). Der einsichtige Staatsmann und der kluge Bürger, *Praktische Vernünftigkeit bei Platon und Aristoteles*, in: Wolfgang Kersting (Hg.), *Klugheit*, Weilerswist 2005, 15–42.
- Kydd, Andrew. (2005). *Trust and Mistrust in International Relations*. Princeton: Princeton University Press.
- Levy, Jack S. (2013). Psychology and foreign policy decision-making. In L. Huddy, D.O. Sears, and J.S. Levy (Hrsg.) *The Oxford Handbook of Political Psychology*, 2. Aufl., Oxford: Oxford University Press, 301–333.
- Maliniak, Daniel et al. (Eds.) (2020). *Bridging the Theory-Practice Divide in International Relations*, Georgetown University Press.
- Meier, Christian (2010). *Das Gebot zu Vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerens. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*. München: Siedler Verlag.
- McCourt, David (2012). *Phronēsis and Foreign Policy in Theory and Practice*, E-International Relations, 23 November 2012. <http://www.e-ir.info/2012/11/23/phronesis-and-foreign-policy-in-theory-and-practice/>
- Mearsheimer, John J. (1994). The False Promise of International Institutions. *International Security* 19(3):5–49.
- Mercer, Jonathan (2010). *Reputation & International Politics*, Ithaca, NY: Cornell UP.

- Merkel, Wolfgang (2019). Aus dem Gleichgewicht, in: Die Zeit 17.06. 2019, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-04/kapitalismus-finanzialisierung-globalisierung-demokratie-ungleichheit>
- Mitra, Subrata/Michael Liebig (2016). *Kautilya's Arthashastra: An Intellectual Portrait. The Classical Roots of Modern Politics in India*. Baden-Baden: Nomos.
- Mitzen, Jennifer (2006). Ontological Security in World Politics: State Identity and the Security Dilemma. *European Journal of International Relations* 12(3):341–370.
- Molloy, Seán (2009). Hans J. Morgenthau Versus E. H. Carr: Conflicting Conceptions of Ethics in Realism in: Bell, Duncan (Ed.) *Political Thought and International Relations*, Oxford: Oxford UP, 83–104.
- Morgenthau, Hans (1978). *Politics Among Nations*, 5th edn., New York: Knopf.
- Morrow, James (1994). *Game Theory for Political Scientists*. Princeton: Princeton University Press.
- Paul, T. V. (2000). *Power versus Prudence Why Nations forego Nuclear Weapons*, Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Pedwell, Cathryn (2014). *Affective Relations. The Transnational Politics of Empathy*, Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Petersen Michael B. (2015). Evolutionary political psychology: On the origin and structure of heuristics and biases in politics. *Advances in Political Psychology* 36:45–78.
- Powell, Robert (1991). Absolute and Relative Gains in International Relations Theory. *American Political Science Review* 85(4):1303–1320.
- Rapport, Aaron (2018). Cognitive Approaches to Foreign Policy Analysis, in: Thies, Cameron (Ed.) *Oxford Encyclopedia of Foreign Policy Analysis*, Vol. I, New York; Oxford UP, 167–185.
- Rathbun, Brian C. (2007). Uncertain about Uncertainty: Understanding the Multiple Meanings of a Crucial Concept in International Relations Theory, *International Studies Quarterly*, 51:3, 533–557, <https://doi.org/10.1111/j.1468-2478.2007.00463.x>
- Shahi, Deepshikha (2019). *Kautilya and Non-Western IR Theory*, Cham: Palgrave MacMillan.
- Snyder, Jack (.2020). Backlash Against Naming and Shaming: The Politics of Status and Emotion. *British Journal of Politics and International Relations* 22(4):644–653.
- Sternberger, Dolf (1997). „Das Wort ‚Politik‘ und der Begriff des Politischen“. in Seibel, Wolfgang / Medick-Krakau, Monika / Münkler, Herfried / Greven, Michael Th. (Hrsg.): *Demokratische Politik – Analyse und Theorie. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft*, 97–105.

- Taliaferro, Jeffrey W. (2000/2001). Security Seeking Under Anarchy: Defensive Realism Revisited. *International Security* 25(3):128–161.
- Walt, Stephen (1987). *Origins of Alliances*. Ithaca: Cornell University Press.
- Waltz, Kenneth (1979). *Theory of International Politics*. New York: Random House.
- Wendt, Alexander (1999). *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wendt, Alexander (1992). Anarchy Is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics. *International Organization* 46(2):391–425.

Über den Autor

Sebastian Harnisch ist Professor für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Heidelberg, Mitglied des Direktoriums des Heidelberg Center for American Studies (HCA) und war langjähriges Vorstandsmitglied des Heidelberg Center for the Environment (HCE). Seine Forschungsprojekte und Publikationen umfassen die Bereiche Vergleichende Außen- und Sicherheitspolitik, Theorien der Internationalen Beziehungen, Nonproliferation, Netzpolitik und Klimawandel und sind u. a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), der Fritz Thyssen Stiftung und der Korea Foundation gefördert worden.

Im Laufe seines wissenschaftlichen Werdegangs hat er an der Universität Trier, der Universität der Bundeswehr München, der Beijing Foreign Studies University, der Al-Farabi National Kazakh University und der China Foreign Affairs University gelehrt. Er war als Gastwissenschaftler an der Columbia University in New York, der Yonsei University in Seoul sowie am Japan Center for International Exchange in Tokio tätig. 2012-2013 war er Research Fellow am Marsilius-Kolleg Heidelberg.

Sebastian Harnisch ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift *Foreign Policy Analysis* sowie Mitherausgeber der Reihen *Foreign Policy and International Order* (Nomos Verlag) und *Oxford Research Encyclopedia for Foreign Policy Analysis* (Oxford University Press). Er hat zahlreiche Monographien, Sammelbände und Forschungsbeiträge in renommierten Fachzeitschriften veröffentlicht.

Korrespondenzadresse:

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Institut für Politische Wissenschaft
Universität Heidelberg
Bergheimer Str. 58
69115 Heidelberg

E-Mail: sebastian.harnisch@uni-heidelberg.de

Homepage:

<https://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/wiso/ipw/mitarbeiter/harnisch/>